

Indiens neue internationale Rolle

Christian Wagner

Anlässlich des Besuchs von US-Präsident George Bush in Indien Anfang März 2006 wurde ein Abkommen zwischen beiden Staaten über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Sollte das Abkommen in Kraft treten, wird Indiens internationale Rolle dadurch weiter aufgewertet.

Analyse:

Wie kaum ein anderes Land hat Indien von den internationalen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges profitiert. Der Beginn der wirtschaftspolitischen Reformen 1991 und die damit einhergehende Öffnung der indischen Wirtschaft haben zu diesem Wandel ebenso beigetragen wie der neue Konsens der internationalen Gemeinschaft über die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und marktwirtschaftlichen Reformen sowie die veränderten Konstellationen der Großmächte im asiatisch-pazifischen Raum. Dies spricht dafür, dass das Streben Indiens nach Großmachtstatus unter diesen veränderten Bedingungen größeren Erfolg haben wird. Indiens neue internationale Rolle ist dabei mit veränderten innen- und außenpolitischen Herausforderungen verbunden:

- Auf der nationalen Ebene gewinnt die Frage der Energiesicherheit immer größere Bedeutung für die Außenpolitik.
- Die neuen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Erwägungen erweitern Indiens regionales Engagement vor allem im südlichen Asien.
- Im globalen Kontext zeigt das Bestreben der USA, Chinas und der Europäischen Union (EU) nach einer strategischen Partnerschaft mit Indien die neue internationale Rolle, die dem Land heute zuerkannt wird.

Keywords: Indien, USA, China, Energie, Nuklearfrage, regionale Kooperation

1. Die nationale Ebene: Energie und Entwicklung

Die Liberalisierung und die Reformen in Indien haben nach 1991 die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt. Lag die sog. *Hindu rate of growth* der weitgehend abgeschotteten indischen *mixed economy* vor 1991 im Durchschnitt bei 3,5 %, so konnten in den 1990er Jahren Wachstumsraten zwischen 5 und 6 % erzielt werden. Im neuesten Fünfjahresplan strebt die Regierung ein Wirtschaftswachstum von jährlich 8 % an. Indien hat sich damit zusammen mit China zu einer der Lokomotiven der Weltwirtschaft entwickelt. Prognosen gehen davon aus, dass Indien bis 2020 das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum noch vor China sein wird (Deutsche Bank Research 2005). Im Zuge der Liberalisierung sind aber auch die Defizite in der Infrastruktur des Landes offensichtlich geworden. Diese betreffen nicht nur den Transport-, sondern auch den Energiebereich. Schätzungen gehen davon aus, dass Indien durch die Defizite in der Energieversorgung mindestens 1 % an Wirtschaftswachstum verliert. Zugleich verschlechtern die Energieprobleme die Chancen Indiens, im Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen und die Ansiedlung internationaler Unternehmen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor Indien seinen bis dahin wichtigsten Energielieferanten und musste in der Folge seine Öl- und Gasimporte für teure Devisen auf dem Weltmarkt einkaufen. Die wirtschaftlichen Erfolge und das Anwachsen einer kaufkräftigen indischen Mittelklasse haben den Energieverbrauch nach 1991 deutlich ansteigen lassen. Neben China gilt die wachsende Nachfrage Indiens bereits heute als eine der Hauptursachen für den steigenden Rohölpreis. Mit der wachsenden Abhängigkeit Indiens von Energieeinfuhren angesichts des zunehmenden Bedarfs ist bereits in den 1990er Jahren eine Diskussion über die Frage der Energiesicherheit aufgekommen, da die einheimische Produktion den Bedarf bei weitem nicht decken kann. Wurden in den 1980er Jahren noch 30 % des Rohölbedarfs eingeführt, so sind es 2005 bereits 70 % und Prognosen für 2020 gehen von ca. 80-90 % aus. Zwei Drittel der Energieeinfuhren kommen aus dem Nahen und Mittleren Osten.

Das Nuklearabkommen mit den USA soll zugleich den Anteil der Atomenergie an der Energieproduktion steigern, der gegenwärtig bei nur

2-3 % liegt. Andere Atomkräfte wie Frankreich und Großbritannien haben bereits Interesse signalisiert, ähnliche Vereinbarungen mit Indien abzuschließen, um die chronischen Energiedefizite des Landes zu überwinden. Russland verfügt aufgrund seiner traditionell guten Beziehungen bereits über eine langjährige enge Kooperation im Nuklearbereich und baut Atomkraftwerke in Indien.

Vor dem Hintergrund dieser nationalen und internationalen Konstellationen hat sich im Verlauf der 1990er Jahre eine Diskussion über Energiesicherheit in Indien entwickelt, die neue bzw. veränderte außenpolitische Schwerpunkte zur Folge hatte. Eine Konsequenz der Energiediplomatie war u. a. der Ausbau der Beziehungen zum Iran und zuden zentralasiatischen Republiken sowie die jüngsten Bemühungen, die bilateralen Beziehungen zu Saudi-Arabien und zum Golf-Kooperationsrat zu verbessern (The Hindu, 31.03.2006). Indien hat zudem, analog zu den Bemühungen Chinas, seine Beziehungen zu den erdölreichen Staaten in Afrika, wie Sudan und Angola, sowie nach Lateinamerika verstärkt (The Hindu, 31.03.2006). Angesichts seiner eigenen wirtschaftlichen Probleme verfügt Indien zugleich über wenige Ressourcen, um seine Energieinteressen im Wettbewerb mit Konkurrenten auf dem Energiemarkt durchzusetzen. Im Unterschied zur Strategie Chinas, das in den erdölreichen Staaten Afrikas und Lateinamerikas auch beträchtliche Investitionen zur Unterstützung der Handelsbeziehungen vornimmt, hat Indien solche Möglichkeiten bislang nicht zur Verfügung. Indien vergibt zwar seit Jahren selbst Entwicklungshilfe, die sich jedoch auf wenige Staaten in Südasien und Afrika konzentriert. Ein Anknüpfungspunkt zur Verbesserung der Beziehungen kann in einigen afrikanischen Staaten die dortige indische Diaspora sein, die teilweise ebenfalls ein Interesse an verbesserten bilateralen Beziehungen mit Indien hat (Biallas/Knauer 2006).

Auch im unmittelbaren südasiatischen Umfeld haben Fragen der Energiesicherheit in den außenpolitischen Erwägungen Indiens im Verlauf der 1990er Jahre größeres Gewicht erhalten. Südasien galt lange Zeit als Region chronischer Instabilität, bedingt durch die bilateralen Konflikte zwischen Indien und seinen Nachbarn, wobei der Streit mit Pakistan um Kaschmir aufgrund der Nuklearwaffenarsenale beider Staaten auch international von größter Bedeutung ist. Die Erdgasfunde in Bangla-

desch und Myanmar sowie die Potenziale Nepals im Bereich der Wasserkraft haben Indiens Interesse an einem Ausbau der bilateralen Beziehungen Auftrieb gegeben. Die von Indien 2003 eingeleitete Annäherung an Pakistan hat frühere Pläne für den Bau von Erdgaspipelines aus dem Iran und Zentralasien über Pakistan nach Indien neu belebt. Die Einbeziehung von Fragen der Energiesicherheit in die bilateralen Beziehungen lässt erwarten, dass Indien eher auf eine Politik des Interessenausgleichs setzen wird, um seine Ziele zu erreichen. Bereits in der Vergangenheit war Indien wenig erfolgreich darin, seine Konflikte mit den Nachbarn zu seinen Gunsten zu lösen, selbst wenn militärische Mittel oder diplomatische Drohgebärden zum Einsatz kamen (Wagner 2005). Eine kooperative Politik gegenüber den Nachbarn wird von der indischen Politik zur Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen unterstützt, die ebenfalls eine Folge der Liberalisierung nach 1991 ist.

2. Die regionale Ebene: Die Ausweitung der Kooperation

Mit der Öffnung des Landes 1991 rückten Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Mittelpunkt der indischen Außenpolitik. Damit entstand auch ein neues Interesse am Engagement in Regionalorganisationen, die bis dahin nur eine untergeordnete Rolle in der Außenpolitik eingenommen hatten. Regionale Kooperation beinhaltet aber nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Dimension. Die Beteiligung an regionalen Organisationen bringt auf der einen Seite Wohlfahrtsgewinne durch den Ausbau des Handels, beinhaltet aber auf der anderen Seite auch einen Statusgewinn durch Teilnahme, Gestaltungsmöglichkeit und Interessendurchsetzung in solchen Organisationen. Konzeptionell zeigte sich die ökonomische Dimension in der Look-East-Politik von Premierminister Rao und in der Gujral-Doktrin, mit der Indien die Beziehungen zu den Nachbarstaaten Mitte der 1990er Jahre neu definierte. Die macht- und sicherheitspolitische Dimension kam wiederholt in Ausführungen von Außenminister Jaswant Singh zum Ausdruck, der das südliche Asien von West- über Zentral- bis nach Südostasien als künftige indische Interessengebiete definierte (Rao 1994; Gujral 1998; Singh 2001).

Indiens anfänglich geringes Interesse an Fragen der regionalen Zusammenarbeit zeigte sich

am deutlichsten in Südasiens. Die South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) war erst 1985 gegründet worden, kam aber, bedingt durch die anhaltenden Spannungen zwischen Indien und seinen Nachbarn, vor allem aufgrund des Kaschmirkonflikts mit Pakistan, nicht recht voran. Nach 1991 gehörte Indien zusammen mit Sri Lanka zu den Staaten in der SAARC, die sich für einen Ausbau des regionalen Handels aussprachen. 1995 wurde das SAARC Preferential Trade Arrangement (SAPTA) vereinbart, dem 2006 die Einrichtung einer Freihandelszone im Rahmen des SAARC Free Trade Arrangement (SAFTA) folgte. Der intraregionale Handel beläuft sich mittlerweile auf etwa 4-5 %, nachdem er Anfang der 1990er Jahre mit etwa 2-3 % fast nicht vorhanden war. Die fehlende Komplementarität der Staaten Südasiens und ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkt, z. B. im Textilbereich, werden der Zusammenarbeit ebenso enge Grenzen setzen wie die Furcht der kleineren Nachbarstaaten vor einer Dominanz der indischen Industrie. Aber selbst diese bescheidenen Erfolge haben Indiens Interesse an einer Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht zufrieden gestellt. Parallel hierzu vereinbarten Indien und Sri Lanka 1998 ein Freihandelsabkommen, das deutlich über die Absprachen im Kontext des SAFTA hinausging.

Die Ausweitung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen hat ebenfalls zu neuen regionalen Schwerpunkten in der Außenpolitik geführt. Die indische Premierministerin Indira Gandhi hatte es Mitte der 1960er Jahre noch abgelehnt, Mitglied der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) zu werden, eine Entscheidung, die indische Regierungen angesichts der späteren wirtschaftlichen Erfolge der Staaten Südostasiens bereut haben dürften. Im Zuge der Look-East-Politik, mit der Premierminister Narasimha Rao von Mitte der 1990er Jahre an Indiens Beziehungen zu den Industrie- und Schwellenländern in Ost- und Südostasien ausbaute, hat Indien auch seine Beziehungen zur ASEAN systematisch ausgebaut. Bisheriger Höhepunkt war die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens beim zweiten Gipfeltreffen zwischen Indien und der ASEAN im Oktober 2003 in Bali. Die Beziehungen zwischen Indien und der ASEAN haben mittlerweile ein Niveau erreicht, an dem bereits darüber nachgedacht wird, ob es nach ASEAN+3 (mit Japan, Korea und China) langfristig nicht auch ASEAN+4 mit Indien als einem weiteren Partner der Regionalorganisation geben könnte

(The Hindu, 4.12.2004). Indien ist zudem Mitglied des ASEAN Regional Forum (ARF), in dem Fragen der regionalen Sicherheit Südostasiens zwischen den Staaten der Region und externen Großmächten u. a. China und der USA erörtert werden.

Allerdings verliefen die Bemühungen Indiens um Teilnahme bzw. Mitgliedschaft an Regionalorganisationen nicht immer so erfolgreich wie im Falle der ASEAN. So blieben Indiens Versuche, Mitglied der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) zu werden, bislang ebenso erfolglos wie seine Bemühungen, an den Asia-Europe Meetings (ASEM) teilzunehmen. Angesichts der Anstrengungen, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten Ost- und Südostasien zu intensivieren, war es für Indien ein diplomatischer Erfolg, am East Asia Summit (EAS) im Dezember 2005 in Kuala Lumpur teilzunehmen. Ein weiterer Erfolg war die Aufnahme Indiens als Beobachter in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), in der China, Russland und die zentralasiatischen Republiken organisiert sind. Diese institutionelle Einbindung in die SCO ist vor dem Hintergrund der eingangs erwähnten Energiediplomatie für Indien von großer Bedeutung, um die Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken zu verstärken.

Indien hat auch selbst die Initiative zur Gründung neuer Regionalorganisationen ergriffen. So wurde 1997 die Bangladesh-India-Myanmar-Sri Lanka-Thailand Economic Cooperation (BIMSTEC) ins Leben gerufen, die den Golf von Bengalen als Zentrum hat. Die Organisation kann als Teil der indischen Bemühungen gesehen werden, die Beziehungen zu den Staaten Südostasiens wie Myanmar und Thailand auszubauen. Teil dieser Strategie ist Indiens Mitarbeit in der Mekong-Ganga Cooperation (MGC), die Kambodscha, Laos, Myanmar, Vietnam und Thailand umfasst, und regionale Initiativen wie das Bangladesh-China-India-Myanmar Forum (BCIM). Eine andere geographische Ausrichtung hatte die ebenfalls 1997 gegründete Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation (IORARC), die maßgeblich auf Betreiben von Südafrika, Mauritius, Indien und Australien geschaffen wurde. Die Organisation umfasste zunächst 14 Anrainerstaaten des Indischen Ozeans und hatte das Ziel, den Handelsaustausch zwischen den Mitgliedern zu verbessern (Wagner 2006).

Die Initiativen im Bereich der regionalen Zusammenarbeit im Verlauf der 1990er Jahre machen

deutlich, dass Indien damit zugleich auch eine Neudefinition seines regionalen Umfelds vorgenommen hat. Galt zur Zeit Indira Gandhis in den 1970er und 1980er Jahren noch Südasien, d. h. die Mitglieder der SAARC, als natürliches Interessenumfeld Indiens, so haben Liberalisierung, Exportorientierung und die Frage der Energiesicherheit den geographischen Raum auf das südliche Asien erweitert. Indien genießt dabei in Regionen wie Südostasien eine deutlich größere Reputation als in Südasien. Zum einen gibt es keine bilateralen Konflikte zwischen Indien und der ASEAN, zum anderen profitieren beide Seiten von den verbesserten wirtschaftlichen Beziehungen und schließlich sehen die Staaten der ASEAN Indien auch als Gegengewicht zum wachsenden chinesischen Einfluss in der Region.

Dennoch haben die meisten Regionalorganisationen, an denen Indien in verschiedenster Form beteiligt ist, bislang nur wenig dazu beigetragen, den Handel oder die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den teilnehmenden Staaten nachhaltig zu verbessern. Diese bislang eher dürftige Bilanz legt die Vermutung nahe, dass eben nicht nur wirtschaftliches Kalkül, sondern auch machtpolitische Erwägungen bei Indiens Entscheidung für die Teilnahme an diesen Organisationen eine Rolle gespielt haben. Die regionale Ausweitung außenpolitischen Handelns zählt hier ebenso dazu wie der Statusgewinn oder die Anerkennung wirtschaftlicher und politischer Erfolge, die mit der Teilnahme in Regionalorganisationen verbunden sind. Solche Überlegungen kommen auch dem indischen Großmachtanspruch auf globaler Ebene entgegen.

3. Die globale Ebene: Strategische Partnerschaften mit den USA, China und der EU

Mit dem Nuklearabkommen wird Indien zwar de facto, aber nicht de iure als Atommacht anerkannt. Dennoch kann es damit als erste anerkannte Nuklearmacht außerhalb des NVV gelten. Zu den Vereinbarungen zählt u. a., dass Indien die militärischen Bereiche seiner Atomanlagen von den zivilen Teilen trennen muss, die unter die Aufsicht der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) gestellt werden. Dies bedeutet, dass von 2014 an insgesamt 14 der 22 indischen Nuklearanlagen unter internationaler Kontrolle sein werden. Langfristig wird dieser Anteil sogar noch

zunehmen, da alle künftigen zivilen Kraftwerke diesen Regelungen unterliegen. Indien wird auch nach dem Abkommen weiterhin Atomwaffen zur Sicherstellung seiner nuklearen Abschreckung produzieren. Da bislang aber nur vier indische Atomanlagen von der IAEO kontrolliert wurden, kann das Abkommen als Erfolg gesehen werden, mit dem die Zahl der Inspektionen deutlich erhöht und Indien langfristig näher an den NVV herangeführt wird. Diese Einbindung liegt durchaus im Interesse Indiens, dessen Regierungen bereits in der Vergangenheit zentrale Prinzipien des Vertrags, wie die Non-Proliferation, eingehalten hatten. Das Abkommen beinhaltet zugleich eine internationale Aufwertung Indiens, das durch seine Weigerung, dem NVV beizutreten, lange Zeit eine Außenseiterposition in der internationalen Gemeinschaft eingenommen hat. Bereits nach dem ersten indischen Atomtest 1974 hatten die USA eine Reihe von Sanktionen verhängt, welche die Entwicklung des indischen Atomprogramms verzögert haben. Nach den Atomtests 1998 verhängten die USA und andere Industriestaaten erneut eine Reihe von Sanktionen, die erst nach dem Besuch von Präsident Clinton und nach der indisch-amerikanischen Annäherung im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 aufgehoben wurden.

Die Umsetzung des Abkommens bleibt von der Zustimmung der Nuclear Suppliers Group (NSG) und des US-amerikanischen Kongresses abhängig. Sowohl in Indien als auch in den USA hat die Vereinbarung heftige Diskussionen ausgelöst. In den USA muss der Vertrag noch vom Kongress gebilligt werden und hat dort eine Kontroverse zwischen Gegnern und Befürwortern des NVV ausgelöst. Aber auch in Indien hat der Vertrag eine innenpolitische Debatte entfacht, in der die Kritiker einen Ausverkauf nationaler Interessen an die USA und das Ende einer unabhängigen Außenpolitik fürchten.

Die strategische Partnerschaft zwischen Indien und den USA, die im Januar 2004 mit den Next Step for Strategic Partnership (NSSP) von der Regierung Bush initiiert wurde, hat mit dem Nuklearabkommen vom 2. März 2006 einen neuen Höhepunkt erreicht. Allerdings hat Präsident Bush auch deutlich gemacht, was seine Regierung im Gegenzug hierfür von Indien erwartet. In seiner Rede in Delhi am 3. März 2006 hob er unmissverständlich hervor, dass die USA Indien künftig als wichtigen Partner bei der Förderung von Demo-

kratie und Menschenrechten sehen (The Hindu, 05.03.2006). Dies bildet eine völlig neue Herausforderung für die indische Außenpolitik, die sich als strategischer Partner der USA bei internationalen Krisen in Zukunft wird anders positionieren müssen. Die bisherige Strategie, sich ausschließlich an den nationalen Interessen zu orientieren, dürfte angesichts der internationalen Aufwertung und der gewachsenen Ansprüche seitens der USA nicht mehr durchzuhalten sein. Als strategischer Partner werden die USA vermutlich darauf drängen, dass beide Staaten bei künftigen internationalen Krisen ihre Positionen stärker miteinander abstimmen. In der Vergangenheit zeigten sich dabei aber eher Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Erstens kontrastiert Indiens langjähriges Engagement in den Vereinten Nationen (VN) und sein hoher Anteil von Blauhelmtrouppen bei *Peacekeeping*-Einsätzen auffällig mit der Strategie der Regierung Bush, Koalitionen williger Staaten zur Lösung regionaler Krisenherde zu schmieden. Zweitens gab es bereits während des Irakkriegs eine Diskussion, ob indische Truppen nicht die Koalition der USA unterstützen sollten. Angesichts der innenpolitischen Widerstände setzte die damalige Regierung der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), welche die Annäherung an die USA vorangetrieben hatte, schließlich auf eine diplomatische Lösung im Rahmen der VN. Drittens haben beide Staaten in regionalen Konflikten, wie gegenwärtig dem Maoistenaufstand in Nepal, oft unterschiedliche Prioritäten. Indien hat in den vergangenen Monaten auf eine Annäherung zwischen den Maoisten und den politischen Parteien gesetzt und die Bedeutung der Monarchie im politischen System relativiert. Demgegenüber setzen die USA stärker auf einen Ausgleich zwischen der Monarchie und den Parteien, um die Maoisten politisch zu isolieren.

Jenseits dieser Unterschiede und Probleme darf aber nicht übersehen werden, dass es eine wachsende Übereinstimmung zwischen Indien und den USA in vielen Fragen der internationalen Ordnung gibt. So unterstützt Indien das Vorhaben der Regierung Bush, ein Raketenabwehrsystem aufzubauen, und teilt die Kritik der USA am internationalen Strafgerichtshof. Zudem haben beide Staaten gemeinsame Sicherheitsinteressen, z. B. im Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder bei der Sicherung der Seewege für die Energieversorgung im Indischen Ozean und in Südostasien. Diese wachsenden Übereinstimmun-

gen machen deutlich, warum aus den einstigen „estranged democracies“ mittlerweile „engaged democracies“ geworden sind (Kux 1994). Unterstützt wird diese bilaterale Annäherung durch die wachsende wohlhabende und gut ausgebildete indische Minderheit in den USA, die etwa 1,6 bis 2 Millionen Non-Resident Indians (NRI). Die eingewanderten indischen Softwareexperten waren maßgeblich am Boom der Informationstechnologie in den USA in den 1990er Jahren beteiligt (Wagner 2003). Mittlerweile haben sie auch politisch an Gewicht gewonnen. So ist der *India Caucus* die größte Interessenvertretung seiner Art im US-Kongress.

Die verbesserten Beziehungen zu Indien werden auch als Teil der geopolitischen Strategie im Hinblick auf den Aufstieg Chinas gesehen, das in den USA als strategischer Konkurrent gilt. Trotz der Probleme im indisch-chinesischen Verhältnis, wie die weiterhin ungeklärte Grenzfrage, spricht aber wenig dafür, dass sich Indien uneingeschränkt in ein solches US-amerikanisches Sicherheitsdesign einfügen wird. Indien hat seine Beziehungen zu China seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ebenfalls deutlich verbessert. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe sowie Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen haben den Status quo an der Grenze gesichert. Seit 2004/2005 sprechen beide Staaten ebenfalls von einer strategischen Partnerschaft. Im Zuge des verbesserten Verhältnisses verzeichnet der bilaterale Handel enorme Steigerungsraten. Lag der Handel in den 1990er Jahren noch bei 1 Mrd. US\$ pro Jahr so ist er in der Zwischenzeit auf 1 Mrd. US\$ im Monat gestiegen. China ist damit Anfang 2006 zum zweitwichtigsten bilateralen Handelspartner Indiens nach den USA geworden. Auch im politischen Bereich beginnt sich das frühere Feindbild vom „Rivalen China“ zu verändern. China wird von indischen Politikern und Sicherheitsexperten nicht mehr nur als Bedrohung, sondern eher als Kooperationspartner wahrgenommen. Die sicherheitspolitisch geprägte *China Fear* ist mittlerweile dem *China Fever* gewichen, das die Aussichten auf eine wachsende wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Staaten symbolisiert. Zudem haben beide Staaten gemeinsame Interessen bei der Bekämpfung des Terrorismus, der Vorstellung einer multipolaren Weltordnung und der Ablehnung äußerer Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Im Dreiecksverhältnis zwischen Indien, den USA und China spricht somit wenig dafür,

dass sich Indien auf eine Politik des *Bandwagoning* mit den USA einlassen wird. Vielmehr werden sich indische Regierungen wohl auch zukünftig um eine Politik des *Balancing* gegenüber beiden Staaten bemühen. Sollte sich die Konkurrenz zwischen China und den USA fortsetzen, wird Indien als lachender Dritter hiervon besonders profitieren und weitere Zugeständnisse erreichen können.

Die wachsende ökonomische Bedeutung der Indischen Union ist auch von der EU anerkannt worden. Die EU-India Enhanced Partnership trug den Erfolgen des wirtschaftlichen Reformprozesses bereits 1996 Rechnung. Im Jahr 2000 fand das erste Gipfeltreffen zwischen Indien und der EU in Lissabon statt. 2004 wurden die Grundzüge der strategischen Partnerschaft zwischen Indien und der EU formuliert. Im September 2005 folgte die Verabschiedung des Joint Action Plan (CEC 2004). Durch die enge Anlehnung Indiens an die USA scheinen die Beziehungen zu Europa ins Hintertreffen zu geraten. Aufgrund der innenpolitischen Widerstände ist es aber nur schwer vorstellbar, dass Indien in Zukunft bei allen internationalen Krisen stets in einer „Koalition der Willigen“ an der Seite der USA zu finden sein wird. Gerade die regionalen Krisenherde machen multilaterale Konfliktlösungsstrategien notwendig, die damit zu einem neuen Thema indischer Außenpolitik werden. Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten ist aber nicht nur ein US-amerikanisches Anliegen, sondern sie ist durchaus auch im Interesse der EU, selbst wenn sich die Strategien der USA und der EU zu deren Durchsetzung z. T. grundlegend unterscheiden mögen. Solche Formen der Zusammenarbeit finden sich auch im Joint Action Plan, der im Herbst 2005 zwischen Indien und der EU vereinbart wurde. Das Abkommen mit den USA eröffnet somit auch der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik neue Möglichkeiten, in diesem Bereich die strategische Partnerschaft mit Indien auszubauen.

Jenseits der neuen strategischen Partnerschaften hat Indien aber auch seine Beziehungen zu anderen regionalen Großmächten wie Brasilien und Südafrika seit 2003 ausgebaut. Vor allem im Kontext internationaler Organisationen wie der VN oder der WTO knüpft Indien hier an seine Traditionen aus der Bewegung der Blockfreien Staaten und als Fürsprecher der Länder des Südens an. Alle drei Staaten haben gemeinsame Interessen bei der Frage der Reform der VN oder in den Verhandlungsrunden der WTO. Auch hinsichtlich

der sicherheitspolitischen Bedrohungen durch den Terrorismus sowie der Erreichung der Millenniumsziele der VN gibt es eine Reihe gemeinsamer Interessen.

4. Ausblick: Großmacht und globale Verantwortung

Indiens internationale Rolle hat sich in den letzten 15 Jahren deutlich gewandelt. Die indische Außenpolitik hat neue thematische und regionale Schwerpunkte entwickelt, die sich mit den Schlagworten Energiesicherheit und südliches Asien umschreiben lassen. Auffällig ist zugleich, dass alle Regierungen nach 1991 diese innen- und außenpolitische Neuorientierung mitgetragen haben, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Die Veränderungen haben dazu geführt, dass Indien heute mehr denn je als militärische Großmacht und als eines der wirtschaftlichen Zentren des 21. Jahrhunderts wahrgenommen wird.

Allerdings verbinden sich damit weitere Herausforderungen. Innenpolitisch haben die Diskussionen über das Abkommen mit den USA gezeigt, dass es im Zeitalter von Globalisierung und Interdependenz kaum noch Platz für einen außenpolitischen Diskurs gibt, der sich um Konzepte wie Unabhängigkeit und Eigenständigkeit dreht. Im regionalen Kontext des südlichen Asien müssen die neuen energie- und wirtschaftspolitischen Interessen in stabile bi- und multilaterale Beziehungen und Institutionen umgewandelt werden, um die Modernisierung im eigenen Land weiter vorantreiben zu können. Auf der internationalen Ebene wird der Bedeutungsgewinn Indiens nicht nur durch die wachsende Zahl strategischer Partnerschaften oder die zunehmende Einbeziehung bzw. Heranführung des Landes an globale Institutionen wie Sicherheitsrat, NVV oder G 8 bestimmt, sondern auch dadurch, ob Indien die an die Regierung gestellten Erwartungen im Bereich von *Global Governance* und regionaler Krisen- und Konfliktbewältigung erfüllen kann. So bleibt bei Indiens Engagement in Afrika und Lateinamerika abzuwarten, ob sich seine Energieinteressen mit den Interessen des Westens an *Good Governance* in Ländern wie dem Sudan miteinander verbinden lassen. Angesichts fehlender politischer, militärischer und wirtschaftlicher Kapazitäten zur unilateralen Durchsetzung ihrer Interessen spricht vieles dafür, dass die indische Außenpolitik künf-

tig noch stärker auf Kooperation ausgerichtet sein wird und auch in sicherheitspolitischen Fragen, z. B. bei der Beilegung regionaler Krisen, eher auf multilaterale Ansätze einschwenken wird als in der Vergangenheit. Indiens Großmachtanspruch und seine globale Verantwortung würden damit eine Verbindung eingehen, von der langfristig auch die Beziehungen zu Europa profitieren sollten.

Literatur

- CEC (Commission of the European Communities) (2004): An EU-India Strategic Partnership, Brüssel, in: http://europa.eu.int/comm/external_relations/india/news/2004_comm.pdf.
- Deutsche Bank Research (2005): Globale Wachstumszentren 2020, in: Aktuelle Themen, 9. Februar, Nr. 313.
- Gujral, Inder Kumar (1998): A Foreign Policy for India, New Delhi.
- Kux, Dennis (1994): Estranged Democracies. India and the United States 1941-1991, London, New Delhi.
- Rao, Narasimha P. V. (1994): India and the Asia-Pacific: Forging a New Relationship, Singapur 1994 (Singapore Lecture Series).
- Singh, Jaswant (2001): India's Perspective on International and Regional Security Issues, Lecture 17 January, Berlin, manuscript.
- Wagner, Christian (2003): Indiens neue Beziehung zu Amerika, Berlin (Stiftung Wissenschaft und Politik, Studie S 27).
- Wagner, Christian (2005): From Hard Power to Soft Power? Ideas, Interaction, Institutions, and Images in India's South Asia Policy, Heidelberg (Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics, Working Paper No. 26).
- Wagner, Christian (2006) Between regionalism and transregionalism: the Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation, in: Heiner Hänggi, Ralf Roloff, Jürgen Rüländ (Hrsg.), Interregionalism and International Relations, New York, S. 284-292.

■ Der Autor

Dr. habil. Christian Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

E-Mail: christian.wagner@swp-berlin.org, Website: <http://www.swp-berlin.org>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Regionale Führungsmächte, Sicherheit und interrregionale Kooperation“ (Forschungsschwerpunkt 2) wurde von der Fritz-Thyssen-Stiftung das im Herbst 2006 beginnende Post-doc-Projekt „Emerging Regional Leaders of the South: How India, Brazil and South Africa Change the International System“ genehmigt.

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Biallas, Axel und Jan Knauer (2006): Von Bandung zum Ölgeschäft: Indien und Inder in Afrika, GIGA Focus Afrika, Nr. 1, Hamburg.

Loewen, Howard (2006): Die ASEAN als Impulsgeber ostasiatischer Integration, GIGA Focus Asien, Nr. 2, Hamburg.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asienkunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Thomas Kern; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asienkunde

IMPRESSUM